

rem Maße bei der sozialistischen Rationalisierung, der Senkung des Produktionsverbrauchs und der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen wirksam. Es geht darum, mit der Verhandlung, Entscheidung und Auswertung von Neuererstreitfällen, auch wenn deren Zahl gering ist, das Anliegen der Neuererbewegung zu unterstützen. Dazu sind vor allem die Richtlinie Nr. 30 des Plenums des Obersten Gerichts vom 28. August 1974 (GBl. I Nr. 45 S. 413) und die Materialien der 18. Plenartagung vom 11. Dezember 1980 strikt zu beachten.<sup>15</sup>

Der Wohnungsbau sowie die Werterhaltung und Modernisierung von Wohnungen nehmen von Jahr zu Jahr größere Ausmaße an. Die Bauschaffenden haben sich im Jahre 1984 z. B. das Ziel gestellt, erstmals in einem Jahr 200 000 Wohnungen durch Neubau und Modernisierung zu schaffen. Erreicht wurde bis Juli 1984 ein Erfüllungsstand von 117 141.<sup>16</sup>

Aus diesen ständig wachsenden Dimensionen ergibt sich u. a., daß die Gerichte auf einschlägigen Rechtsgebieten einen noch qualifizierteren Beitrag zu leisten haben zur Durchsetzung des Rechts, insbesondere zur Förderung der Aktivitäten der Mieter bei der Pflege und Verbesserung ihrer Wohnungen, der Gemeinschaftseinrichtungen und Außenanlagen, zur Ausprägung und Durchsetzung sozialistischer Beziehungen im Zusammenleben der Bürger in ihren Wohnhäusern sowie zur Gewährleistung einer hohen Mietzahlungsdisziplin. Angesichts der wachsenden Rolle der Wohnungstausch Verträge zur effektiveren Auslastung des Wohnungsfonds und besseren Befriedigung der Wohnbedürfnisse der Bürger wächst die Verantwortung der Gerichte, die sich aus den Wohnungstauschverträgen ergebenden Rechte und Pflichten entsprechend sichern zu helfen.

Schließlich ist noch die erforderliche Produktion von Konsumgütern mit hoher Qualität anzuführen, mit der die Lösung der Aufgaben der Rechtsprechung ebenfalls Berührungspunkte hat. Die Gerichte leisten insbesondere mit der Durchsetzung des Garantierechts — im Zusammenwirken mit anderen staatlichen Organen, Handelsbetrieben, den zuständigen Kommissionen in den Volksvertretungen u. a. m. — einen Beitrag, um die Anstrengungen um hohe Qualität der

Erzeugnisse zu unterstützen. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert auch weiterhin von den Gerichten Konsequenz und Beharrlichkeit.

#### *Hohe Wirksamkeit der gesellschaftlichen Gerichte*

Ende des Jahres 1984 werden es zwei Jahre sein, seitdem die neuen gesetzlichen Bestimmungen über die gesellschaftlichen Gerichte in Kraft getreten sind. Die neuen Rechtsvorschriften haben in der Praxis ihrem Anliegen, zur weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Rechtsordnung sowie zur Gewährleistung der Rechtssicherheit als eines festen Bestandteils der Politik von Partei und Staat beizutragen, bereits in hervorragender Weise entsprochen. Bei den Schiedskommissionen hat die mit der Wahl 1984 erhöhte Anzahl der Kommissionen und Mitglieder neue Kraftreserven erschlossen. Zur Erreichung weiterer guter und noch besserer Ergebnisse der Arbeit der gesellschaftlichen Gerichte muß auch die Unterstützung durch die Rechtsprechung und Leistungstätigkeit der staatlichen Gerichte weiter qualifiziert werden. Dieser Aufgabenstellung wird die im März 1985 vorgesehene 11. Plenartagung des Obersten Gerichts gewidmet sein.

Die Lösung der dargelegten Aufgaben zur weiteren Stärkung unserer sozialistischen Staatsmacht und zum Wohle unseres Volkes wird auch weiterhin hohe Anforderungen an die Leistungen aller in den Justizorganen Tätigen stellen. Auf ihre bisher gezeigte Leistungsbereitschaft sowie das ihnen von den Bürgern entgegengebrachte Vertrauen, wie es erst kürzlich in den Ergebnissen der Wahl der Direktoren, Richter und Schöffen der Kreisgerichte sowie der Mitglieder der Schiedskommissionen zum Ausdruck kam<sup>17</sup>, gründet sich auch die Zuversicht in die Erfüllung der bevorstehenden Aufgaben.

<sup>15</sup> Vgl. „Der Beitrag der Rechtsprechung zur Förderung der Neuerertätigkeit“, NJ 1981, Heft 2, S. 57 ff.

<sup>16</sup> Vgl. ND vom 7. August 1984.

<sup>17</sup> Vgl. H. Kern, „Rechtsprechung im Interesse des Volkes“, NJ 1984, Heft 8, S. 301 ff.

## Eingaben — Instrument der Mitarbeit der Bürger

**Dr. KURT KLEINERT,**

*Staatssekretär und Leiter des Sekretariats des Ministerrats der DDR*

Das eindeutige Bekenntnis unserer Bürger zu Sozialismus und Frieden in Vorbereitung des 35. Jahrestages der DDR ist ein überzeugender Ausdruck dafür, wie eng Partei, Staat und Volk in unserem sozialistischen Vaterland verbunden sind. Das manifestierte sich auch sichtbar in dem vorangegangenen Höhepunkt dieses Jubiläumsjahres, den Kommunalwahlen am 6. Mai 1984. Es liegt bei uns in der Natur der Sache, daß bei den Kommunalwahlen im Dialog zwischen Kandidaten und Wählern in vielen Versammlungen, Foren und Wahlgesprächen das Leben von heute und morgen in den Städten und Gemeinden eine besonders große Rolle (Spielte). In der Volksaussprache unterbreiteten die Werktätigen hierzu viele schöpferische Ideen und Anregungen. Die

8. Tagung des Zentralkomitees der SED stellte deshalb fest, daß die aufmerksame Beachtung und gewissenhafte Bearbeitung dieser Vorschläge und Hinweise eine *G r u n d a u f g a b e* der Staatsorgane war und bleibt.<sup>1</sup>

In der Tat — immer bewußter und selbstbewußter nehmen die Bürger unseres Landes ihr Recht wahr, sich zu Wort zu melden und ihre Überlegungen zu Gehör zu bringen. Die Verfassung der DDR legt in Art. 21 Abs. 2 fest, daß das Recht auf Mitbestimmung und Mitgestaltung auch dadurch gewährleistet ist, daß die Bürger sich mit ihren Anliegen und Vorschlägen an die gesellschaftlichen, staatlichen und wirtschaftlichen Organe und Einrichtungen wenden können. Auf der Grundlage des Art. 103 der Verfassung wurde am 19. Juni 1975 von der Volkskammer das Gesetz

über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger — Eingabengesetz — (GBl. I Nr. 26 S. 461) beschlossen, dessen konsequente Verwirklichung die engen Beziehungen der Bürger zu ihrem sozialistischen Staat weiter gefestigt hat.

Im 35. Jahr des Bestehens der DDR kann eingeschätzt werden, daß der sozialistische Staat von Anfang an dem Wort der Bürger große Aufmerksamkeit schenkte und daß viele Vorschläge, Hinweise und auch kritische Bemerkungen aus der Bevölkerung nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufgaben zu meistern.

#### *Eingaben und Erfüllung der Hauptaufgabe*

In vielen Eingaben wird die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als ein objektives Erfordernis für das Gedeihen des Sozialismus deutlich. Ausgehend davon, daß der eigene Einsatz, die gemeinsame Arbeit stets dem Wohle aller dient, unterbreiten die Werktätigen sowohl in der Plandiskussion als auch bei der Erfüllung der täglichen Aufgaben Vorschläge und Hinweise, die auf steigende Leistungen, auf höhere Produktivität und Effektivität, auf Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch auf die Vermeidung und

<sup>1</sup> Vgl. K. Hager, Aus dem Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des Zentralkomitees der SED, Berlin 1984, S. 41.